



Schelklingen

Schrift:

Bürgerentscheid könnte ohne Wirkung bleiben



Bild: Wie es nach der Rechtslage aussieht, könnte der Bürgerentscheid ohne Einfluss auf den geplanten Bau eines EBS-Heizkraftwerks bleiben.

Bürgerentscheid könnte ohne Wirkung bleiben

SCHELKLINGEN (tas) Ist der Bürgerentscheid am 28. September umsonst? So richtig bejahen will es momentan niemand, deutlich verneinen aber auch nicht.

Fest steht: Zwar liegt dem Regierungspräsidium Tübingen (RP) momentan noch kein Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung des EBS-Heizkraftwerks vor, sagt RP-Pressesprecher Jochen Heinz am Dienstag auf Anfrage der SZ. Das werde aber "in Kürze", so Vattenfall-Vertreter Karl Lüder, geschehen. Ist der Antrag gestellt, bekommt die Sache ein anderes Gesicht: "Wie es aussieht, hat der Gemeinderat am Ende das letzte Wort", sagt Bürgermeister Michael Knapp.

Nach Antragsstellung, erklärt RP-Pressesprecher Heinz, beginne das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren damit, dass der Antrag auf Vollständigkeit geprüft wird. Wie lange das dauert, hänge von Umfang und Komplexität des Antrags ab. Wie lange das in diesem Fall konkret dauern kann, sei ungewiss. Ist der Antrag geprüft, wird die Öffentlichkeit beteiligt und die Bürger können sich äußern. Der Haken daran: Entsprechen die Pläne allen rechtlichen Anforderungen, ist der Gemeinderat dazu verpflichtet, sein Einvernehmen zu erteilen. Bürgerentscheid hin oder her. Erteilt der Gemeinderat sein Einvernehmen nicht, drohen der Stadt Schelklingen Schadensersatzforderungen. Und nicht nur das: "Rein theoretisch ist es dann möglich, dass an diejenigen Gemeinderäte rangegangen werden muss, die dageger waren", mutmaßt Knapp.

Bürgerentscheid umsonst?

Das RP Tübingen dagegen will sich bei dieser Frage nicht zu weit aus dem Fenster lehnen: "Wir wollen nicht spekulieren, wie es dann weitergeht. Jetzt warten wir erst einmal den Bürgerentscheid ab, dann sehen wir weiter", sagt RP-Pressesprecher Heinz. Knapp dagegen sagt schon jetzt, er sei rechtlich dazu verpflichtet, Widerspruch einzulegen, wenn der Gemeinderat sein Einvernehmen nicht erteilt --sofern der Antrag von Vattenfall allen rechtlichen Vorschriften entspricht. "Eine heiße Angelegenheit", sagt Knapp und kann es drehen und wenden wie er will: "Der Dumme bei der Geschichte bin ich."

Aber warum werden diese möglichen Konsequenzen erst jetzt, knapp vier Wochen vor dem

Bürgerentscheid diskutiert? "Ich dachte, die Bürgerinitiative geht noch Kompromisse ein", überlegt Knapp. Bereits im Juni habe er sich mit dem Thema befasst, weil er vermutet habe, die Bürgerschaft werde den Bau des Kraftwerks eher ablehnen. Am liebsten wäre ihm jetzt, das Einvernehmen des Gemeinderats wäre gar nicht nötig. "Aber es ist Gesetz", so Knapp. Und ja, wenn es so weit kommt, dass die Entscheidung letztlich vom Gemeinderat getroffen werden muss, sei der Bürgerentscheid "ein Stück weit umsonst" gewesen.

Über all diese möglichen Konsequenzen will Knapp die Bürger in der Gemeinderatssitzung am 10. September und bei der Bürgerversammlung am 19. September informieren. "Ich will öffentlich darauf hinweisen", sagt Knapp.

Doch nicht nur im Rathaus und im RP rauchen derzeit die Köpfe, sondern auch bei Vattenfall: "Über dieses Thema sind wir im Dialog mit allen Beteiligten", lautet die neutrale Stellungnahme von Vattenfall-Sprecher Karl Lüder. "Wir teilen die rechtliche Einschätzung des RP und des Bürgermeisters. Die Projektgemeinschaft wird nach Einreichung des Antrags das Genehmigungsverfahren weiterverfolgen, da der Ausgang des Bürgerentscheids aufgrund der dargestellten Rechtslage ohne Einfluss auf dieses Verfahren ist."

© Copyright by Schwäbische Zeitung Online, Gesellschaft für Multimedia mbH & Co. KG - alle Rechte vorbehalten.
info@szon.de